GLOBAL 19.01.2026 | Alexandra Sitenko

Beziehungsstatus: offen

Der Globale Süden zeigt, wie Staaten mit einer aggressiv auftretenden USA umgehen können.

Der US-Angriff auf Venezuela markiert einen einschneidenden Wendepunkt in der bisher etablierten Weltordnung, dessen Wirkung heute noch nicht abzusehen ist. Denn die USA haben nicht nur die Souveränität eines Staates verletzt, sondern die auf souveräner Gleichheit beruhende Weltordnung selbst infrage gestellt. Experten sprechen von „imperialen Imitationsdynamiken“ und einer Rückkehr zu Einflusssphären – von einer Welt, in der Großmächte entscheiden und kleinere Staaten sich unterordnen müssen. Eine Dynamik, die sich durch den US-Eingriff in Venezuela weiter beschleunigt, darf nicht unbeachtet bleiben: Staaten des Globalen Südens, insbesondere die Mittelmächte, haben begonnen, ihre Interessen selbstbewusster, strategischer und koordinierter zu vertreten. Nicht durch offene Konfrontation, sondern durch eine Mischung aus Flexibilität, Anpassung, Diversifizierung und punktueller Gegenmacht. Auch wenn bei weitem nicht alle Länder im Globalen Süden den US-Angriff auf Venezuela offen verurteilt haben, äußerten sich alle zumindest besorgt über die Geschehnisse in Südamerika. Denn sie haben klargemacht, wie schnell militärische Macht heute zur Durchsetzung von Interessen eingesetzt wird, ohne fundamentale Prinzipien der internationalen Ordnung zu berücksichtigen, und wie begrenzt zugleich die eigenen, vor allem militärischen, Handlungsspielräume sind.

Gerade deshalb gewinnt die Strategie diplomatischer Einhegung an Bedeutung. In diesem Sinne ist in Lateinamerika das Streben nach einem pragmatischen Ausgleich mit den USA zu beobachten, wie im Falle Kolumbiens. Donald Trump und der kolumbianische Präsident Gustavo Petro lieferten sich im vergangenen Jahr heftige verbale Scharmützel. Diese Spannungen verschärften sich nach dem US-Angriff auf Venezuela weiter, als Trump auch Kolumbien mit möglichen Militäraktionen drohte. Nach einem Telefongespräch der beiden begannen sich die Kontroversen abzukühlen. Nun bereitet sich der kolumbianische Präsident auf ein persönliches Treffen mit Trump in den USA vor. Der Übergang von öffentlicher Konfrontation zu direktem Dialog zeigt eine bewusste Einhegungsstrategie angesichts asymmetrischer

Machtkonstellationen: Spannungen sollen kanalisiert und in ein kontrolliertes, personalisiertes diplomatisches Format überführt werden, um weitere Eskalation zu vermeiden.

Diese Haltung lässt sich als nüchterne Doppelstrategie lesen: Deeskalation bei gleichzeitiger klarer Souveränitätsbehauptung.

Neben Kolumbien gerieten auch Kuba und Mexiko zunehmend ins Visier der US-Administration, die gegenüber beiden Ländern einen deutlich schärferen Ton anschlug. Kuba reagierte darauf mit einer bewusst austarierten Strategie: Havanna bekundete Dialogbereitschaft und Interesse an einer Verbesserung der bilateralen Beziehungen, betonte jedoch zugleich die Bedeutung der Prinzipien von Augenhöhe und gegenseitigem Respekt. Politische Konzessionen wurden ausdrücklich ausgeschlossen. Diese Haltung lässt sich als nüchterne Doppelstrategie lesen: Deeskalation bei gleichzeitiger klarer Souveränitätsbehauptung.

Mexikos Präsidentin Claudia Sheinbaum wählte einen pragmatischeren Kurs. Dem Druck aus Washington begegnete sie mit selektiver Anpassung: In sicherheits- und handelspolitisch zentralen Fragen machte sie gezielte Zugeständnisse, etwa durch ein härteres Vorgehen gegen Schleusernetzwerke und höhere Zölle auf chinesische Importe, um eine mögliche Eskalation zu vermeiden. Zugleich setzte sie Gegenakzente, indem sie an der von den USA kritisierten Justizreform festhielt und Energiesubventionen für Kuba erhöhte. Die US-Intervention in Venezuela hat die mexikanische Regierung klar verurteilt. Mexiko betreibt damit eine balancierte Form diplomatischer Anpassung: begrenzte Konzessionen bei gleichzeitiger Wahrung politischer Autonomie. Ob diese Strategie langfristig tragfähig ist, bleibt offen – nicht zuletzt angesichts des schwer kalkulierbaren, erratischen Vorgehens Trumps.

Zugleich ist nicht davon auszugehen, dass die anderen Großmächte China und Russland in der westlichen Hemisphäre als verlässliche militärische Gegengewichte auftreten können oder wollen. Beide verfügen dort weder über Militärbasen noch gibt es explizite Beistandsverpflichtungen im Sinne militärischen Eingreifens. Entsprechend beschränkte sich Russlands Unterstützung für Venezuela auf politischen Rückhalt sowie Waffen- und Luftabwehrlieferungen. Für lateinamerikanische Staaten bedeutet dies, dass Deeskalation und Dialog mit den USA bei gleichzeitiger Wahrung eigener Handlungsspielräume zur rationalen Option werden.

Ein ähnliches Muster zeigt sich auch in Indien. Neu-Delhi reagierte auf den US-Angriff in Venezuela mit einer auffallend zurückhaltenden Erklärung, die sich auf den Ausdruck „tiefer Besorgnis“ beschränkte, was innenpolitisch scharf kritisiert wurde. Die Opposition warnte, dass ein solcher Präzedenzfall nicht auf Venezuela beschränkt bleiben müsse – was dort geschah, könne auch jedem anderen Staat widerfahren, einschließlich Indien selbst. Hieraus erklärt sich, warum diplomatische Flexibilität im Globalen Süden mit einer gezielten Diversifizierung von Außen- und Wirtschaftsbeziehungen kombiniert wird. Dies ist vergleichbar mit der Multivektorstrategie, die zentralasiatische Staaten im Einflussbereich Russlands und Chinas seit Jahrzehnten erfolgreich praktizieren. Indien ist hierfür ein anschauliches Beispiel: Es hält an strategischen Beziehungen zu den USA fest, bleibt rüstungspolitisch eng an Russland gebunden. Neu-Delhi steht kurz davor, ein Freihandelsabkommen mit der EU zu schließen, und intensiviert sicherheitspolitische Kooperationen mit europäischen Staaten wie Deutschland, was den Rüstungsbereich einschließt.

Vergleichbare Tendenzen sind auch in Lateinamerika zu beobachten. Die kürzlich erfolgte Unterzeichnung des EU-Mercosur-Abkommens – nach mehr als 20-jährigen Verhandlungen – fällt nicht zufällig in eine Phase, in der sowohl die EU als auch südamerikanische Staaten durch die US-Handels- und -Zollpolitik unter Druck geraten. Passend dazu schloss sich Kolumbien 2025 der chinesischen *Belt and Road Initiative* an. Der kolumbianische Präsident, der zuletzt Reisen nach Saudi-Arabien, Katar und Ägypten unternahm, brachte die strategische Logik dahinter zum Ausdruck: Der Weg Lateinamerikas liege nicht darin, sich einem Machtblock anzuschließen, sondern darin, einen eigenen autonomen Entwicklungspol aufzubauen. Diversifikation der Außenbeziehungen wird damit zur zentralen Strategie des Globalen Südens, um Abhängigkeiten zu reduzieren und die politische Autonomie unter Bedingungen globaler Unsicherheit zu festigen.

Mehrere afrikanische Staaten reagierten auf den US-Angriff nicht mit offener Konfrontation, wohl aber mit einer symbolisch und politisch bedeutsamen Distanzierung.

Die bislang deutlichste Demonstration von Gegenmacht kam aus Afrika. Mehrere afrikanische Staaten reagierten auf den US-Angriff nicht mit offener Konfrontation, wohl aber mit einer symbolisch und politisch bedeutsamen Distanzierung. So verurteilte die südafrikanische Regierungspartei die Aggression gegen Venezuela, während der südafrikanische UN-Vertreter den Bruch zentraler Prinzipien der UN-Charta kritisierte und die Bedeutung von Souveränität, Nichteinmischung und diplomatischer Konfliktlösung hervorhob.

Zusätzliches Gewicht erhielt diese Position durch die zeitlich nahe Durchführung gemeinsamer Marineübungen mit mehreren BRICS-Staaten – darunter Russland, China und Iran – vor der südafrikanischen Küste. Der Kommandeur der südafrikanischen gemeinsamen Einsatzgruppe erklärte bei der Eröffnungszeremonie, die Manöver seien mehr als eine reine Militärübung; sie stellten auch eine politische Absichtserklärung dar, in einem zunehmend komplexen maritimen Umfeld enger zusammenzuarbeiten. Vor diesem Hintergrund ist nicht auszuschließen, dass sich die BRICS künftig auch sicherheitspolitisch stärker positionieren – nicht unbedingt als Militärbündnis, sondern als Ausdruck strategischer Autonomie gegenüber westlicher Dominanz.

Auch Ghana nahm eine bemerkenswert eigenständige Haltung ein. Obwohl das Land traditionell enge Beziehungen zu den USA pflegt, äußerte Accra deutliche Vorbehalte gegenüber unilateralem militärischem Vorgehen und warnte vor einem gefährlichen Präzedenzfall, der insbesondere die Sicherheit kleinerer Staaten untergraben könnte. In eine ähnliche Richtung argumentierte auch die Afrikanische Union, die sich als einzige regionale Organisation auf eine gemeinsame Position verständigt hat. Die vergleichsweise dezidierte Positionierung afrikanischer Akteure lässt sich dadurch erklären, dass viele Staaten des Kontinents sich seit vielen Jahren sicherheits- wie wirtschaftspolitisch bewusst breiter aufstellen. China ist heute ein zentraler ökonomischer Akteur in Afrika, während Russland seine militärische Präsenz und sicherheitspolitische Kooperation ausgebaut hat. Vor diesem Hintergrund bereitet Moskau für dieses Jahr den dritten Russland-Afrika-Gipfel vor – ein privilegiertes Kooperationsformat, das Moskau bislang nur mit seinen zentralasiatischen Nachbarn pflegt.

Sosehr das Agieren der USA an die Kanonenbootpolitik des 19. Jahrhunderts erinnern mag, die Welt ist heute strukturell eine andere. Klassische Einflusssphären setzen passive Staaten voraus, und genau das ist zunehmend nicht mehr der Fall, wie die Länder des Globalen Südens zeigen: Sie sind diplomatisch flexibel und anpassungsfähig, betreiben bewusst strategisches *Hedging* und kooperieren mit mehreren Großmächten gleichzeitig, ohne dauerhaft gebunden zu sein.

Nicht zuletzt unterschätzt das Einflusssphären-Narrativ die Rolle

regionaler Organisationen – wie ASEAN, Mercosur, die Afrikanische Union, die Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit – bzw. von überregionalen Vereinigungen wie den BRICS. Sie fungieren zunehmend als kollektive Plattformen, die externen Druck abfedern, Verhandlungsräume für kleinere Staaten schaffen und die Dominanz der Großmächte spürbar verkomplizieren können. Der Globale Süden ist weder ein homogener Block noch ein bloßes Spielfeld geopolitischer Rivalitäten. Vielmehr nutzen viele Staaten das Chaos und die Fragmentierung der internationalen Ordnung, um ihre Interessen selbstbewusster zu artikulieren und durchzusetzen. Die US-Operation mag kurzfristig Machtdominanz demonstrieren – langfristig könnte sie jedoch genau jene Entwicklungen beschleunigen, die zu einer stärker pluralistischen und weniger hierarchischen Weltordnung führen.



Alexandra Sitenko
Berlin

Dr. Alexandra Sitenko ist unabhängige Politikberaterin und Wissenschaftlerin. Sie beschäftigt sich mit Fragen der globalen Friedens- und Sicherheitsordnung, der Geopolitik in Eurasien und den Beziehungen zwischen Russland und dem Globalen Süden.